

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 27. Juni 2023 in Luxemburg

Am 27. Juni 2023 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen das Europäische Wahlrecht, die Vorbereitung des Europäischen Rates am 29./30. Juni 2023, das Europäische Semester 2023, das Achtzehnmonatsprogramm des Rates und die Auswirkungen des CO₂-Marktes der EU auf verschiedene EU-Politikbereiche. Unter „Sonstiges“ informierte der schwedische Vorsitz über das Symposium für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vom 21./22. Juni 2023 in Stockholm. Zudem wurden Ratsschlussfolgerungen zur Umsetzung der Agenda 2030 in der EU angenommen.

Ratsschlussfolgerungen zur Umsetzung der Agenda 2030 in der EU

Zu Beginn der Sitzung sprach ich kurz die Ratsschlussfolgerungen zur Halbzeit der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in der EU an, die angenommen wurden. Als Koordinatorin der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Österreich betonte ich das wichtige Signal der Schlussfolgerungen und hob hervor, dass Österreich im jüngsten Bericht über nachhaltige Entwicklung weiterhin weltweit auf Platz fünf liegt.

Europäisches Wahlrecht

Der schwedische Ratsvorsitz informierte über den Stand der Reform des Europäischen Wahlrechts, anschließend fand ein Austausch dazu statt. Ich sprach meine Unterstützung für Maßnahmen zur Stärkung des demokratischen Prozesses und zur Erhöhung der Wahlbeteiligung sowie für die Fortsetzung der Diskussionen dazu aus. Allerdings brauche es für weitreichende Reformvorschläge eine detaillierte Bewertung, was die Wahlrechtsreform zu einem längerfristigen Projekt mache.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 29./30. Juni 2023

Es fand ein Austausch auf Basis des Entwurfs der Schlussfolgerungen für den Europäischen Rat am 29./30. Juni 2023 statt.

Ich sprach mich für klare weitere Vorgaben des Europäischen Rates zur Bewältigung der Herausforderung der Migration aus und forderte gemeinsam mit weiteren Mitgliedstaaten stärkere Schlussfolgerungen dazu. Ich begrüßte die positiven Ergebnisse beim Rat der Innenministerinnen und Innenminister vom 8. Juni 2023, betonte aber, dass es noch zusätzliche Arbeit, substantielle EU-Mittel für die Kontrolle der EU-Außengrenze, die dauerhafte Umsetzung der Pilotprojekte in Bulgarien und Rumänien sowie umfassende Migrationspartnerschaften mit sicheren Drittstaaten brauche.

Zum Thema Wirtschaft betonte ich, dass der von der Europäischen Kommission im Rahmen ihres Vorschlags zur Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens identifizierte zusätzliche Bedarf an öffentlichen Geldern grundsätzlich durch Umschichtungen der großen Summe an noch zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem bestehenden Mehrjährigen Finanzrahmen statt durch neues Geld zu finanzieren sei. Zudem wiederholte ich, dass nun die Rückkehr zu nachhaltigen Budgetpfaden und den Konvergenzkriterien für die Staatsverschuldung notwendig sei.

Beim Thema Sicherheit und Verteidigung unterstrich ich den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten, wie etwa Österreich, der ausreichend berücksichtigt werden müsse.

Zum Prozess eines EU-Beitritts der Ukraine verwies ich auf das nächste Erweiterungspaket der Europäischen Kommission im Herbst 2023, auf dessen Basis die Fortschritte der Ukraine auf ihrem Weg zu einem EU-Beitritt zu beurteilen seien. Zudem bekräftigte ich, dass alle Beitrittskandidatenländer gleichbehandelt werden müssen. Daher bedauerte ich, dass die mündlichen Updates der Europäischen Kommission im Juni zu den Reformfortschritten nur zur Ukraine, zu Moldau und zu Georgien gegeben wurden, nicht aber zu den Staaten am Westbalkan.

Europäisches Semester 2023: integrierte länderspezifische Empfehlungen

Der Rat billigte die integrierten länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 2023 und leitete sie an den Europäischen Rat zur Billigung weiter.

Achtzehnmonatsprogramm des Rates (1. Juli 2023 - 31. Dezember 2024)

Der Rat billigte das Achtzehnmonatsprogramm mit den Prioritäten des kommenden sogenannten „Trio“-Vorsitzes des Rates bestehend aus Spanien, Belgien und Ungarn. Das Trio hob die Rechtsstaatlichkeit, EU-Erweiterung und nächste Strategische Agenda des Rates als Prioritäten im Rat Allgemeine Angelegenheiten hervor. Das Trio wolle angesichts der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 für Kontinuität im Rat stehen.

Auswirkungen des CO₂-Marktes der EU auf verschiedene EU-Politikbereiche

Polen sprach das Thema Auswirkungen des EU-Emissionshandels auf Wirtschaft, Produktionskosten, Energiepreise und Gesellschaft an und forderte eine breite Diskussion in unterschiedlichen Ratsformationen.

Sonstiges: Symposium für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit am 21./22. Juni 2023 in Stockholm

Der schwedische Ratsvorsitz informierte über das Symposium für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das am 21. und 22. Juni 2023 in Stockholm stattfand.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. September 2023

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin